

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuiller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Bandes

Nr. 45 / 42. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 pf.

Geschäftsstelle: Berlin SD 16, Michaelisstr. 141
Fernsprecher: 32 Jannowitz 2:20

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 9. November 1928

Zehn Jahre Deutsche Republik

Der unglückliche Weltkrieg war zusammengebrochen, der Kaiser nach Holland entflohen und hatte, nachdem er entheben musste, daß seine Zeit vorüber war, für sich und den Kronprinzen dem Thron entagt. Der "Sattlergott" Friedrich Ebert hatte das Reichsanzleramt angetreten. An Stelle der bis zur Revolution in Deutschland herrschenden Staatsausbeutung trat die Organisation des Staates durch das Vo I. "Das Deutsche Reich ist eine Republik". Die Staatsgewalt geht vom Vo ie aus", sprechen die Erangungswoche der Reichsverfassung aus. Seit zehn Jahren leben wir in dieser Verfassung aus. Seit zehn Jahren leben wir in dieser Verfassung aus. Es gibt keinen Thron mehr, keine Privilegiengesetze. Die Gewalt des Reiches beschließt ein Reichsgesetz, der von allen Volksgewalten im gleichen Wahlrecht gewählt ist. Alle Vertretungen der Länder und Gemeinden sind nach gleichen Wahlrecht zu bilden. Diese Erungenschaften müssen in ihrem Wert erkannt, feierlich erhalten und zweckmäßig im Interesse des arbeitenden Volkes verwirklicht werden. Die gesamte Arbeiterschaft muß sich einigen, um im demokratischen Staat nach ausführbar zu können. Das ist der einzige Weg, der vorwärts führt, jeder andere geht in die Irre.

Leider wird vielfach vergessen, wie das Deutschland aus, das aus dem Weltkrieg und der Revolution hervorging. Wichtige Gebiete, die zum großen Teil bewohnt waren, mussten abgetreten. Von Deutschen bewohnt waren, wurden abgetreten. Über 1825 000 Tote und 4 217 000 Verwundete hatte der Weltkrieg an Opfern geliefert. Die gesamte Bevölkerung, besonders die Frauen und Kinder, waren in großer Zahl angesetzte unvermeidliche Entbehrungen ausgebungen und entnervt. Handel und Wandel durch die mehr als vierjährige Abhängigkeit von allen Auslandsbündnissen schwer erschüttert; die Industrie in ihren wichtigsten Teilen umgestellt auf die Herstellung von Kriegsmaterial. Außerdem schlägt es an den wichtigen Rohstoffen zum Wiederaufbau der Wirtschaft.

Es war für die junge Republik eine harte Aufgabe, aus diesen Trümmern, die ihr das alte Regime zurückließen, trotz aller Vorfahren, die ihr den unglücklichen Friede abnahmen, trotz dem deutschen Volk auferlegt hatte, eine neue Basis dem Volkswirtschaft und der Volkskraft hervorzuholen.

Der Wert der deutschen Revolution kann nicht an dem

ausmachen werden, was sie niedergemacht hat, sondern

an dem, was aufgebaut worden ist. An diesem Wiederaufbau hat die deutsche Arbeiterbewegung mit aller

Zähigkeit und Hingabe mitgearbeitet. Deutschland wäre zugrunde gegangen, wenn nicht ein starker Kern der Arbeiterschaft sich die volle Macht des Stiftes bewahrt und mit alter Zähigkeit an dem einmal als richtig Erkannten festgehalten hätte. Schwere Vergangen-

dah eins durch unermüdliche Ausklärungsarbeit die Einigung der ganzen Arbeiterschaft wieder möglich wird. Die Arbeiter waren es, die das neue Deutschland schufen, darum muß es auch die Söhne ihres Geistes tragen. Ein Land der Arbeit und der Menschlichkeit muß es werden, ein Land der Demokratie und des Sozialismus.

Es soll hier nicht unsere Aufgabe sein, zahlreichig belegte Angaben über die Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft in den letzten zehn Jahren zu machen. Dafür steht, daß ihr Aufstieg und Einfluß sehr stark gestiegen ist. Das haben auch die Arbeitgeberverbände anlässlich der Tagung des Hamburger GewerkschaftscongresSES anerkannt. Wir wollen auch nicht alle die Erungenschaften aufzählen, die für die Arbeiterschaft als Fortschritte und Erfolge zu verbuchen sind. Wir haben ja alles noch in lebhafter Erinnerung. Dabei ist eines nicht zu vergessen. Alles, was erreicht worden ist, bedeutet letzten Endes nur eine Abstufungshilfe auf dem Wege zum Ziel. Die deutsche Arbeiterschaft hat erkannt, daß dieses Ziel auch in der Republik nicht auf einmal restlos verwirklicht werden kann. Die Umwandlung des Wirtschaftssystems vom Kapitalismus zum Sozialismus wird sich nicht ganz plötzlich vollziehen. Die Arbeiterschaft sieht sich bei ihrem Bormarsch immer gewaltigeren Rätselrätseln gegenübergestellt und muß deshalb den Kampf mit immer größerer Energie führen.

Somit es sich dabei um den unmittelbaren Kampf für die Besserung der Wohn- und Arbeitsbedingungen handelt, ist die Stärkung der freien Gewerkschaften ein unabdingtes Vororchester für den Erfolg dieser Bemühungen. Kampflos wird uns der gemeinsame, vom Geist sozialer Demokratie in allen seinen Teilen erfüllte Volksstaat nicht in den Schoß fallen. Schritt für Schritt werden wir uns vorarbeiten müssen. Jeder Fortschritt wird zugleich auch ein Baustein sein für die Vermehrung des großen Ideals der Zukunft.

Die zehnjährige Wiederkehr des Tages, an dem sich in Deutschland der Umsturz von der abgewirtschafteten Monarchie zur Republik vollzogen hat, muß uns mehr sein als ein Gedächtnisstag. Es gilt, Hand anzulegen zur Befreiung der arbeitenden Klasse, damit aus dieser Deutschen Republik, wie wir sie nach zehnjährigem Bestehen vor uns haben, eine freie sozialistische Republik der Arbeit entsteht.

Reichskonferenz der Gewerbeaufsichtsleute.

Am Gewerbeaufsichtsdienst sind seit einer Reihe von Jahren Berufungen aus dem Kreise der Arbeiter und Beamten tätig. Die Berufungen erfolgen in der Regel im Vorfeld der Gewerbeaufsicht. Am 14. Oktober 1927 in Leipzig eine Konferenz der freigewerkschaftlichen und in Leipzig eine Konferenz der Gewerbeaufsichtsbeamten statt. Die Tagung war einberufen unter Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerbeaufsichtsbundes und des AGB-Bundes. Anwesend waren 150 Berufungen der Einladung gefolgt. Die Zahl der Teilnehmer, die im Gewerbeaufsichtsdienst bei der Dampfseife, Gruben- und Holzabfuhrpacht sind, befindet sich auf über hundert. Auch eine Anzahl Berufungsberufe waren vertreten.

Der Tagung war in erster Linie Stellung zu nehmen an der vom AGB-Bund und dem AGB-Bund in der Gewerbeaufsichtsförderung der Arbeitsaufsicht mit dem Ziel, eine Heilsarbeitsaufsicht zu etablieren.

Außerdem wollte man sich schließlich werden über die Mittel und Wege einer engeren Zusammenarbeit zwischen Gewerbeaufsichtsbeamten, Gewerkschaften und Betriebsräten zur besseren Durchführung des Arbeitsaufsichts.

Als erster Redner sprach Kollege Spieck vom Bundes-

Arbeitsaufsicht.

Dem Vortrag und der Debatte lag der in Nr. 6

(1927) te. "Gewerbeaufsichtsbericht über die

gründende Einheit der freien Gewerkschaften zur Ver-

einigung der Arbeitsaufsicht" zugrunde. Darunter ist die

gründliche Arbeitsaufsicht außerordentlich geprägt. Als

auslade der Gewerbeaufsichtsberichte ist der Strafen-

heit liegt hinter uns. Schmerzhafte Tage des Bruderkriegs sind uns nicht erwartet geblieben. Es war die härteste Probe von Standhaftigkeit, als es galt, den eigenen Kollegen zu töten, mit denen das Ziel gemeinsam ist, von denen uns nur der Weg trennte. Widerstand zu leisten. Wir wollen die Hoffnung nicht aufzugeben,

Zusammenfassung in einer Reichsinstanz. Außerdem sind die Funktionen ohne organische Zusammenfassung zwischen Vo ierbeaufsicht und Gewerbeaufsicht geteilt. Neben den beiden öffentlichen Aufsichtsinstanzen läuft noch die Aufsicht der zahlreichen Gewerbeaufsichtsbehörden. Die Notwendigkeit, die nur aus ihrer traditionellen und schriftlichen Entwicklung erklärlich ist, ist weiter zu einer Vereinheitlichung zu führen, wird allgemein anerkannt. Jedoch scheuen sich die dergestaltigen Träger der Arbeitsaufsicht, die Konsequenzen zu ziehen. Gegner einer sozialistischen Vereinheitlichung sind am einen Ende die Gewerbeaufsichtsbehörden, die auf ein Ausübungsrrecht nicht verzichten wollen, auf der anderen Seite die Ländereigentümer. Letztere wollen die Gewerbeaufsicht nicht aus ihrem Aufgabenbereich lösen, weil sie fürchten, damit vorzeitig einer allgemeinen Vereinheitlichung der Staatsverwaltung den Weg zu bereiten. Sie erheben den Einwand, daß eine Vereinheitlichung den notwendigen Kontakt zwischen Gewerbeaufsicht und der Polizei zerstört. Wohl ist man einverstanden, daß die selbständige Funktion des Vo iei eingeschränkt und diese zum Hilfsorgan der Gewerbeaufsicht werde. Aber beides müßte Länderaufgabe bleiben oder es müßte als notwendige Konsequenz einer Vereinheitlichung der Arbeitsaufsicht auch die Polizei vereinheitlicht werden. Diese Vereinheitlichung ist falsch. An der Hand von Beispiel wurde dargelegt, daß Reichsborgane sehr wohl auf die Mitarbeit und Hilfe der Ländereigentümer zurückgreifen können. Der Reichsrat hat gelegentlich der Beratung des Arbeitsaufsichtsberichts den Gewerbeaufsichtspunkt ignoriert. Im Reichswirtschaftsrat konnte ein zimmeriger Beschluß nicht zu stande kommen. Eine Mehrheit vertrat indes den Gedanken der Vereinheitlichung.

In einer sehr ausgedehnten Diskussion, in der besonders Gewerbeaufsichtsleute zu Worte kamen, wurde der Gewerbeaufsichtspunkt gewillt. Aus den Erfahrungen in den verschiedenen Gebieten Deutschlands heraus



FÜR UNSERE FRAUEN UND MÄDCHEN

Die Frau muß mithelfen.

Mun wird's wieder Winter. Das ist wohl die ge-
dachteste Jahreszeit für viele Tausende von Proletariern.
Es soll da ja alterhand vorbereitet und vor-
gängt werden, sowohl an Nahrung als auch an Klei-
dung. Der Verdienst aber langt doch in altermeid nicht
um für die alltäglichen Ausgaben. Das bringt Sorge
über Sorge, besonders für die Arbeitnehmerinnen. Ge-ade
die Frau ist ja der eigentliche Sorgenträger in der Fa-
miliestube. Sie soll mit dem künstlichen Verdienst hantieren, das
sie einstellen, ausgleichen. Neues Familienbild, das
etwas benötigt, trägt das natürlich der Mutter,
der Frau vor. „Das muss noch unbedingt!“ „Wer
ihnen Dingen braucht ich noch.“ „Aber diesmal kann
ich nicht mehr warten mit.“ So und ähnlich be-
denken oft die Sonderwünsche der Familienmitglieder,
in die diesen Wochen der Haustauft vorgetragen werden.
Daneben aber wartet auch der leere Raum im Schen-
kel Kartoffelteiler hinzu, abgesehen davon, dass viele
kleine Familien sind, die noch all diejenigen glücklich
seien, die noch von einem besonderen Oberteil und
Kleidungsstrumpf reden können. Wie viele Proletarier-
familien mögen wohl noch sein, die in schlechtesten
Zimmern wohnen, als denen, in welchen in vielen
anderen Höhlen Wohnen und Kartoffeln aufbewahrt
werden? Was mag ihnen die Winterzeit bedeuten?
Der auch ohne das bringt schon das normale Ver-
dienst einer deutlichen Arbeiterschamie schwer Sorgen
für den Winter.

Die Frau „soll“ und „muß“, und weiß doch zu aller-
zeit nicht, wie ihr das möglich werden kann. Es kommt
dazu, daß bei der ewig unveränderten Lage auf dem heu-
igen Arbeitsmarkt immer die Verdienstumgänglichkeit des
mannes oder der arbeitenden Familienglieder ge-
schieden ist. Wer ist heute sicher, in 14 Tagen nicht ar-
beitslos darum zu hetzen? Hunderttausende sind es alltäglich,
während des Winters ihre Beihilfenumgänge verlieren.
Ihr Gewerbe und sein Beruf ist dann sicher, daß es
schließlich einen Platz darin in dem betreffenden Geschäft
findet. Und dann? Wer ist es, der sich als Opfer solcher
Leben, und die immer Entlastungen nach sich ziehen, zu-
erstehen haben wird? All das sind die auswendigen Um-
stände, die diese Seite des herannahenden Winters für
die Proletarierfrau zu einer Zeit der stellvertretenden Sorge
machen, wovon dem Dritten, oft selbst ganz Ne-
benhanden, meist gar nichts bekannt ist.

und Millionen von Frauen sind es, die in diesen Soden schwer zu tragen haben. Vieles von ihnen werden hilflos, fast verzweifelt daliegen, denn nicht allein sich richtig und vorteilhaft auf solche Seiten zu bewerben. Andere wieder haben mit der Zeit genug, wenigstens die bestehenden Möglichkeiten sich zu machen. So gibt es zum Beispiel viele Frauen, die sich durch den Absatz an einem Konsumverein und den Einkauf ihrer Waren dadurch eine erhebliche Rücksage für den Winter gesichert haben. Es ist eine jetzt rechte Summe, die sich manche Frauen bis in Prozent Dividende werden durchschnittlich an umgerechnet jeder einzelnen Welt. Aber damit sie kann kommt leicht 40 bis 50 Mark sitzen, was doch der Arbeiterfamilie eine Kleinigkeit genannt werden kann. Gerade hier müssen die Frauen unserer Mitglieder überall dort, wo Gelegenheit ist, den Vortest ausüben und sich ebenfalls dem Konsumverein anschließen, wo sie Mitglied sind, ihre Freunden und Bekannte zum Anschlag bewegen. Wie schwer Empfinden ist der Arbeiter und Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber. Es ist 6 Prozent Unerhört hoch. Hier kann der Gleichvertrag vor der Haustür im Konsumverein hinzutragen werden. Warum tut er es nicht?

Eine besondere Verhüllung erfreut weiter vielen Frauen in dieser Rasse. Wintergut in der Holländischen auf eitl. Sillie und Unzufriedenheit durch die Orga-
nisation. Sie ist in allen Arten der unerwünschten Ver-
wendung und gibt im schlimmsten Falle — bei eintretender
Wertlosigkeit — eine Sonderunterstützung zu der
weltlichen Schlechterstellung ihres Ehemanns. Leb-
endig. Haben doch im Jahre 1927 die freien Ge-
ist Kost allein 14 881 hdt. M. an arbeitslose Mit-
glieder gezahlt. Weiter wurden an jogenannte Notfall-
versicherung gewohlt 1 616 419 M. All die 2 Momente
verdeihen für die Frauen, deren erste bestätigte Va-
leriummung der indifferenter stellte, also keiner Organis-
ation angehören, aus. Sie sind völlig dem Zufall unter-
stellt, umso unzureichender Wirtschaftslebens ausgefertigt.
Den leidigen selbst keinen wertvollen Berater, wenn
genugend welche Familienmitglieder eintraten.

send welche Katastrophen entstehen.
Ueberall, wo sie jammern, diese indifferenten Frauen,
müssen sie aufgeklärt werden. Eine Frau muß es der
anderen sagen, denn es ist ja nicht nur der hier genannte
Vorteil, der die Organisation bietet,
sondern eine starke Organisation ist ja auch das ein-
fachste Mittel, um überzeugend zu beweisen, daß Tatkraft zu-
ammen für unsere Arbeiter, unsere Männer, alle die
erwerbstätigen Frauen und Söhne und Töchter. Wie soll
denn anders werden? Helfen denn nicht all die Unorganisierten,
die hier die Unternehmer eines Landes fernhalten?
Obere Löhne zahlen? Dann hätte dieser Tag schon

Rein — wir, unsere Männer, unsere arbeitenden Kinder müssen selbst das Recht erwirken. Das ist nur möglich, wenn alles zusammen steht, also organisiert ist. Wer das nicht erlaubt, ist ein Du-ruck ^{zu}, der aber auch kein Recht hat zu sagen. Auch die Frau zählt hierbei m' mit. Sie ist nicht das Hindernis, weshalb der Mann oder das weibliche Blut nicht der Organismus angehört. Diese Frauen aufzuhören ist deshalb besonders wichtig. Gerade die einflussreichen Frauen und die bereits ausgewählten Frauen unserer Mitglieder müssen hier mitwirken. Dürfen wir das machen?

Das Untermieterepend in Deutschland

Das Städtische Reichsamt stellt in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ fest wiederl. junge Ehepaare in den Groß- und Mittelstädten heute infolge der Wohnungsnot gezwungen sind, bei Verwandten, vor allem bei den Eltern, zu wohnen. Die Zahl der durch die Reichswohnungszählung am 16. Mai 1927 festgestellten Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung beträgt in den Großstädten etwa 481 000, in den Mittelstädten rund 60 000. Davon leben in den Großstädten 254 000 oder 52,7 Proc. in den Mittelstädten 49 000 oder 61 Proc. bei Verwandten. Mehr als die Hälfte aller Untermieterfamilien ist also mit dem Wohnungsinhaber verwandt, in den Mittelstädten sind es sogar über sechzig Schätztl. Es ist dabei festzustellen, daß von den bei Verwandten wohnenden Familien über vier Fünftel bei den Eltern untergebracht sind, und zwar wohnen regelmäßig weit mehr Familien bei Elternpaaren als bei einzelnen Elterntöchtern. Von der Gesamtzahl der verwandten und nicht verwandten Untermieterfamilien wohnt in den Großstädten jede zweite, in den Mittelstädten fällt jede dritte bei einem Elternteil.

Weiterversicherung der Schwangeren.

Schon immer ist allen, die aus einer vertheidigungsfähigen Bevölkerung auszubrechen, geraten worden, sich freiwillig in ihrer Krankenfalle weiterzuwohnen, um ihrer Ansprüche nicht verlustig zu geben. Das gilt in ganz besonderem Maße für schwangere Frauen, für die Wehen- und Stillgeld, Gebanmenhülfe und Entbindungsleistungsbetrag eine we sentliche Hilfe bedeuten. Nur ist vielfach die Meinung verbreitet, daß durch die neuzeitliche Ergebung eine freiwillige Weiterverlängerung unndig geworden sei, wenn die Schwangere erst dann ihre Arbeitsstätte verläßt, wenn ihr bereits Anbrüche gegen die Krankenfalle aufgetreten sind, das heißt, wenn sie sechs Wochen vor der Entbindung aus der Berufstätigkeit aussteht und gleichzeitig eine Belohnung bei der Kasse vorlegt, daß sie voraussichtlich binnen sechs Wochen entbinden werde. Allerdings bei gewerblich und kaufmännisch Tätigem kommt ein Ausstehen aus der Beschäftigung wegen der Schwangerschaft in diesem Zeitpunkt kaum mehr in Betracht, da es die Schwangere das Meiste hat, die Arbeit niederzulegen, ohne ihre Stelle aufzugeben zu müssen. Sie ist sogar durch ein besonderes Kündigungsvorzet vor dem Verlust d er Stelle geschützt. Anders ist es jedoch bei den in der Land- und Hauswirtschaft Tätigem. Hier bedeutet in Wirklichkeit das Niedergehen der Arbeit fast immer das Aufgeben der Stelle und damit das Aufhören der vertheidigungsfähigen Bevölkerung im Sinne des Gesetzes. Trifft in dem erwähnten Falle die Entbindung tatsächlich während der schwangere Früh ein, so werden auch alle vorgenommenen Leistungen der Krankenfalle gewahrt. Außerdem jedoch, wenn der Rest sich irr. Dieser Artum ist überaus häufig, da ja der Zeitpunkt einer Entbindung kaum vorher genau festgestellt werden kann. Nun ist zwar durch das Gesetz besonders bestimmt, daß auch bei einem etwaigen Artum die Berücksichtung weiter Aufschub auf das Wochenende hat. Ist jedoch die Schwangere wegen Ausgabe ihrer vertheidigungsfähigen Täglichkeit aus der Berückerung ausgeschlossen, so gilt dies nach der neuesten Entwicklung des Reichsversicherungswesens nur für die Zeit vor der Entbindung. Sie erhält also dann Wochengehalt für sechs bzw. sieben oder acht Wochen, auch gesondertens Gebanmenhülfe, Arznei und kleinere Heilmittel bei Schwangerdostebeschwerden, nicht aber bei der Entbindung, keinen Entbindungsfreibetrag, keinem Wochen- und Stillgeld für die kommenden sechs bzw. acht Wochen. Alle diese Leistungen lang sie sich nur auftun, wenn sie noch Aufschluß ihrer Stelle bis zur Entbindung sich freiwillig weiterverlängert. Dabei handelt es sich um verhältnismäßig geringe Kosten, die gegenüber den großen Vorteilen kaum in Frage kommen können.

Ein galantes Wahlgesch.

Bei den englischen Wahlen im Reichtum werden zum ersten Male alle Frauen über 21 Jahre ihre Stimmen abgeben dürfen, und es sind mehr als 5½ Millionen Frauen, die zur Wahlwunsche rechnen können. Um ihnen nun die Ausübung des Bürgerrechtes möglichst leicht zu machen, ist in dem neuen Wahlgesetz bestimmt, daß das genaue Alter nicht angegeben zu werden braucht. In den Anträgen, die in den Listen gemacht werden müssen, ist nur die Frage vorgegeben: „Sind Sie 21 Jahre oder älter?“ Dies kann mit der oben genannten Formulierung wiedergegeben werden.

Schloß Freudeuthal

In schönen Schwobernde steht ein Schloß, Freudenhal geraut. Als ein Hans der Freuden wurde es vor 200 Jahren erlaubt von einer Gräfin von Würben, den berüchtigten Kurtizane des Herzogs Eberhard Ludwig, der „deutoiden Bompabour“, die nach der Mücke von Seitenanoden „dem Lande mehr Schaden zugefügt, als alle die früheren feindlichen Einfälle“. Die Freuden haben einen, das spivige Wohleidener einer kleinen Herrscherlakie, bedeutende Anlagen und Leiden für die vielen, vor allem für die schwer arbeitenden Bauern, deren Helden geskampft wurden, von den herzächtigen Jagden.

200 Jahre später. Das Haus der Freuden sieht auch heute noch. Aber die neuen Schlossbewohner genießen die Schönheit der Natur, ohne die Arbeit ihrer Mitmenschen leistungsfähig zu destruieren. Denn sie sind selbst Arbeiter, Männer und Frauen, denen noch reaktive Tätigkeit in Fabrik und Frauengruppe wenige Wochen der Erholung für ihren durch Krankheit geschwächten Körper verabredet sind. Schloss Freuden hat ist zum Erholungsheim der Stuttgarter KünstlerInnen umgewandelt worden. In unter Jahrhunderten mit seinen sozialen Einrichtungen wirtschaftlich sowie schlechter als die gute, alte Zeit.

Unserernährung

In der Deutschen medizinischen Zeitschrift bringt Prof. Dr. Th. Brugisch eine Arbeit, in der er auf die Gefahren hinweist, Unterernährungen über 8-10 Tage auszudecken. Wenn im Interesse der Erholung und Erneuerung des Körpers eine solche sog. Hungerkur nötig ist, dann darf dieser Zustand mangelhafter Zusatzahrung der Nährstoffe nicht mehr als 8-10 Tage betragen. Dabei droht die Arbeitslosigkeit so viele wie Wochen, ja monatelangen Unterernährung, unter der auch Kinder zu leiden haben. Die ganze wissenschaftliche Forschung und Untersuchung ist Theorie, solange nicht die sozialen Verhältnisse des Lebens eine Vergebungshilfe im Sinne der Wissenschaftlichkeit erkennen.

Der Kampf um die bewußte Kleinhaltung der Familie.

Gegen den Gedrängel! Von Emil Hölein, Mitglied des Reichstags. In zweiter verbesserte Auflage. 240 S. Preis fortwährt 3.— M., gebunden 4,50 M., zu alljährl. Portoz. Verlag E. Hölein, Berlin-Charlottenburg 6, Dorstweg 5.

Bonnerische Tunfelsdinner beantragten vor kurzem Emil Hölsteins verdienstvolles Buch auf den Under der Schund- und Schnauzbücherei zu legen. Doch die Berliner Brüderle lehnte nicht nur diesen Antrag ab, sondern entwiedt obendrin, daß Hölsteins Schrift „*doch künstliche, literarische und ethische Wert aufweist und insbesondere der Absicht für die Ausbildung der Jugend als eine für weite Volkskreise lebensreiche pädagogische Leistung gewertet werden muß““. Jetzt liegt das Buch in zweiter, sowohl inhaltlich wie technisch verbesserte Auflage vor. Wir haben in ihm ein Kultürdruck zu sehr Gelehrte von selinem Wert. Sehr wertvolle Eindrücke sollte es als Hausbuch besitzen. Es gibt kein besseres Buch dieser Art, schon weil es kein ihm ähnliches gibt. Es enthält schmungellos auf Hand quatenreichen Tatortenmaterials die ganz Studenten der wichtigsten sozialen und kulturellen Nöte der nichtreichen Familien. Es bietet erschöpfende Belehrung nicht nur über alle wichtigen Fragen des Geschlechtslebens, sondern auch — und hierin liegt sein unvergleichbar praktischer Wert — über alle Mittel die die modernen Müttern zur Verhütung ungewollter Kindererzeugens kennt. Seine klare, flüssige Sprache, die der leute Arbeitsergebnis verleiht, macht es ebenso zu einem überzufälligen geistigen Berater, wie zu einer schmeichelnden Worte gegen den § 218, der Grundlage des Gebärungsverbots. Mag es um seiner vorzülichen Eigenschaften willen die weiteren Verbreitung finden.*

Die Bande ist organisiert

Zwei Jahre über Bord. Der Wagenleiter macht während das Gespann schwatzfüllig dahinzog, ein besonders Vergrüßen daraus, mit der Peitsche allerlei Objekte zu treffien, die er ersiehen kann. Kurst holt einer Eidechse den Schwanz ab. Dann schlug er auf eine Maulwurf ein, der eben am Wagrund einen Hügel aufworf. Nun entdeckten die beiden auf dem überhangenden Ast eines Baumes einen summenden Blenzschwärmer, hast zu! rief ihm sein Genosse zu. Der Wagenleiter aber holt die Beißfelle an sich und meint: „Sieber nicht. Die Bande ist verantwortlich.“

Korrespondenzen

Im Nordgau.

„Wie kann die Lage unserer Gewerkschaftsangehörigen verbessert werden?“ lautete das Thema, das Unterzeichneten in 10 Versammlungen im Nordgau behandelt.

Keine Zeit als die letzte war geeigneter, diese Frage zu stellen. Im letzten Jahr ist der Kampf in der Textilindustrie. Diejenigen, die zusammengeführten Textilunternehmen wollten mit Textilelektrizität mit Gewalt niederkämpfen. Am Ende folgten folgende Auflösungen. Und selbst in Beurten, wo keine Forderungen gestellt wurden, ist der Arbeitnehmer der Textilbetriebe zwecks Auslösung gefordert worden. Wir leben ein solidarisches Banden des Unternehmertums, an dem die Arbeitnehmer sich einen Kompromiss nehmen sollte. Dem Arbeitgeberverband der Großindustrie des Industriegebietes und durch die Gewerkschaften Vorbildern übertragen, um die äußerst niedrige Löhne aufzuheben. Die Verhandlungen scheiterten. Der Belegschaft wurde gefordert, eine große Aussperrung in vorbereitet. Aber Massentante beklagten sich über 50.000 Werkarbeiter im Kampf um Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere um eine Verkürzung der Arbeitszeit. Dazu noch die vielen von den Gewerkschaften verhandelten Kämpfe. Also steht Kommt immerwährendes Ringen um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeitnehmer. Massenkampf!

In diese Zeit fallen zwei für die Arbeiterschaft bewegende Gebgentage. Der 28. September, an dem vor 80 Jahren Arbeitervorsteher zusammenkamen und den Weg bahnten zur Gründung der gewerkschaftlichen Organisationen, und der 21. Oktober, an dem vor 50 Jahren das Sozialistengesetz in Kraft trat, um alles, was die Arbeiterschaft bis dahin aufgebaut hatte, zu vernichten.

Ausgehend von diesen beiden Gebgentagen schreibt ich in meinem Vortrage die Kämpfe, die die Arbeiterschaft früher zu führen und die Verfolgungen, die sie zu ertragen hatte, wie sie um Anerkennung und Gleichberechtigung gerungen hat. Wie sogar noch kurz vor Anbruch des Krieges Schiedsmaßnahmen geplant waren, die die Ruhthausvorlage von 1899 zu überbieten drohten. Daß es viel leichter war, politisch recht radikal zu sein, als von den Arbeitern Lohnverhandlungen und Verkürzung der Arbeitszeit zu verlangen. In Vergleich stellt ich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse vor früher in ihrer Entwicklung bis heute, und zeige an Beispielen, wie fortwährend mit der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft eingetragen ist. Was wir hier sehen, ist das Werk der Gewerkschaften. Unsere Universitäten sind bei weitem noch nicht beliebt. Eine weitere Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist die Grundlage weiterer wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Aufschwungs. Das kann aber nur durch gewerkschaftlichen Zusammen schluss erreicht werden.

Die erste Versammlung fand am 5. Oktober in Braunschweig statt. Über 60 Kollegen waren anwesend. Die Diskussion wurde in der Hauptfrage von kommunistischen Kollegen in ähnlicher Weise betrieben. Zum Thema hatten sie wenig zu sagen, dafür mehr Schimpft sie über die Gewerkschaften und verdecktligten der Völker. Diese sind ganz dem Kapitalismus verfallen, denn sie liegen in sozialistischer Aufsichtsstatthalter, denn der Geweck blieb man natürlich schwach. „Wort soll dem Schlichtungswesen, das führt zur Verbesserung des Klassensammlungskontos.“ Daher auch von kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären die Schlichtungskosten leichtig in Unpraxis genommen werden, will man anstreben nicht wollen. „Die Gewerkschaftsführer haben eine Vergangenheitsahnd nach Amerika gemacht und haben vor dort die Rationalisierung mitgebracht, die sie nun in Gemeinschaft mit dem Unternehmertum der deutschen Arbeiterschaft schmackhaft machen wollen. Die Gewerkschaften haben ihre Blüte nicht getan, die Führer haben uns verraten und verkauft.“ Soviel Worte, soviel Unfug. Doch welche unzähligen Ausführungen von organisierten Kollegen in einer Werberversammlung gemacht werden, beweist, daß man nicht aufzubauen, sondern zerstören will. Im Schlussswort wurden dann aus Sicherstellungen eins richtige Wicht gestellt.

Die nächste Versammlung war am 6. Oktober in Hannover, wo ungefähr 100 Kollegen anwesend waren. Dem Vortrag folgte keine Diskussion. Ganz selten noch einige brüderliche Angelegenheiten behandelt. Insbesondere wurden die Verhältnisse bei der Firma Breidenbach besprochen. Die Dinge liegen dort jetzt im Argen, doch scheint, daß es dort zu dämmrung ansteigt. Einige Maßnahmen wurden gemacht.

Von Hannover nach Kassel. Hier fand die Versammlung am Sonntag, dem 7. Oktober, statt. 14 Kollegen waren anwesend. Fast alle Kollegen am Ort gehörten dem Verband an, darunter 14 Schüler. Auch hier wurde der Vortrag ohne Diskussion angehört. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde klage geäußert über Schnierigkeiten, die bei der Wahl des Gesellenausschusses gemacht werden. Bei der letzten Lehrungsversammlung war ein Meister als Gesellenvertreter hinzugezogen. Die Wahl des Gesellenausschusses findet nunmehr dementsprechend statt und wurden die Kollegen aufgerufen, soweit sie wahlberechtigt sind, sich vollständig an der Wahl zu beteiligen. Unsere Vorschläge liegen bereits fest.

Nunmehr führt mich der Weg an die Wasserfront. Ziel war das nächste Ziel. Die Versammlung fand am 8. Oktober statt und war von etwa 70 Kollegen besucht. Unsere jüngsten Kollegen waren recht schwach vertreten. Der Vortrag wurde ohne Diskussion entgegengenommen. Anschließend wurde der Kassierbericht gegeben, aus dem zu erscheinen war, daß die Beiträge des Gewerkschaftslongen freigeschafft wurden. Nachdem fand der Sitz der Werkarbeiter zur Sprache. Von

uns sind über 20 Kollegen davon beteiligt. Die Stimmung unter den Sitzenden ist gut.

In Oldenburg, wo die Versammlung am 9. Oktober stattfand, waren 18 Kollegen anwesend, darunter 6 Lehrer. Entsprechend der Mitgliederzahl ein guter Besuch. An der Diskussion wurde die Gründung einer Jugendgruppe befürwortet und soll die nächste Mitgliederversammlung darüber befinden. Einige Lehrerleben gehören dem Verband bereits an. Es ist schwierig, geeignete Abende für eine Zusammenkunft der Lehrerleben zu finden, weil sich die Berufsschulzirkeln über mehrere Abende in der Woche verteilen. Es wurde dann der nächste Versammlungstermin der Mitgliederversammlung festgestellt. Sicherlich ist die Ortsverwaltung allein entweder. Monatlich einmal müssen die Kollegen die Versammlung besuchen können.

In Hamburg fand die Versammlung am 10. Oktober statt. Sie hätte besser besucht sein können. 120 Kollegen waren anwesend, darunter eine Anzahl unorganisierte. Nach dem Vortrag zeigte es sich, daß die unorganisierten der Opposition angehören, die, wie zum Ausdrucke kam, dem Verbande nicht angehören können, weil sie zu den Gewerkschaften kein Vertrauen haben. Sie führen jedoch zu den Versammlungen ganz gehörig ab, und von Kollegen Riehmann und im Schlussswort wurde ihnen gezeigt, was notwendig war.

Am 11. Oktober in Bremen. Anwesend sind 85 Kollegen. Die Versammlung findet als erste unseres Verbandes im neuen Volkshaus, einem prächtigen Bau, statt. Der Vorsitzende, Kollege Haupi, meint in entsprechender Weise darauf hin. Dem Vortrage folgten einige Kollegen aus einer Tischlerei. Auch in Bremen zeigte es sich, daß die unorganisierten der Opposition angehören, die, wie zum Ausdrucke kam, dem Verbande nicht angehören können, und zwar für 10 Pf. Verleih wird einstimmig angenommen mit Wirkung ab 1. Januar 1929.

Kollege Biele berichtet noch kurz von der diesjährigen Gelehrtenprüfung im Tafelzergewerbe und schließt dann

an. Nach der Versammlung geht die Befreiung der Gewerkschaftshaus, in welchem zugereiste Kollegen übernachten können, und müssen die Leute in das Kreisamt übertragen. Auch reichen die Büroräume in unserem Volksheim schon lange nicht mehr aus. Es soll deshalb ein großes Gewerkschaftshaus errichtet werden, das neben Büroräumen und Versammlungsräumen auch eine Herberge für unsere Zureisenden erbauen soll. Die Mittel hierfür müssen die bislangen Gewerkschaften aufbringen und sind wie deshalb gezwungen, einen Beitrag zu erheben.

Nach Überprüfung unserer Kassenverhältnisse schlägt der Vorstand folgendes vor: Für die Beitragsklasse 40 bis 60 Pf. sollen 5 Pf. für die Beitragsklasse 80 bis 120 Pf. sollen 10 Pf. Beitragsbeitrag beachtet werden. Die darauf folgende Diskussion sprach sich für einheitlichen Sozialbeitrag aus und zwar für 10 Pf. Der Beitrag wird einstimmig angenommen mit Wirkung ab 1. Januar 1929.

Kollege Biele berichtet noch kurz von der diesjährigen Gelehrtenprüfung im Tafelzergewerbe und schließt dann an. Erstes Mindeste.

Rundschau

Internationale Automobilausstellung in Berlin. Der Zeit vom 8. bis 18. November findet in Berlin die Internationale Automobil- und Motorradausstellung statt. Die Ausstellung wird von ungefähr 600 Ausstellern befreit sein und eine Fläche von 22.500 Quadratmetern umfassen. Für die Ausstellung von Personenfahrzeugen sind 23 deutsche und 38 ausländische Firmen gemeldet. Nutzfahrzeuge werden dagegen nur 9 ausländische Firmen und 25 deutsche Firmen ausstellen. Die Ausstellung der Kraftwagen verteilt sich auf 11 deutsche und 13 ausländische Firmen.

Umwandlung der Opel-Werke in eine Aktiengesellschaft. Aus Zeitungsmitteilungen ist zu ersehen, daß die Vorberatungen zur Umwandlung der Opel-Werke in eine AG weit vorgeschritten sind, daß die mit einem Aktienkapital von 60 Millionen Mark und 10 Millionen Mark Kapital ausgestattete Gesellschaft, deren Aktionär und Vorstand nur aus Mitgliedern der Familie Opel bestehen wird, demnächst das Werk übernehmen wird.

Verbandsnachrichten

(Besannimungen des Vorstandes des Ortsverwaltung)

Vom 5. November bis 11. November 1928 ist der 48. Wochenbeitrag fällig.

Dem Verband gehören über 25 Jahre als Mitglied die Kollegen:

Berlin: Hermann Neudorf, Sotller, eingetreten am 11. 7. 1909; Paul Sommer, Sotller, eingetreten am 12. 3. 1909.

Adressenänderungen

Johes I. Holstein, Vor. Friedrich Blottner, Kornionsberg Nr. 11, Post. Adolf Kurs, Wallstr. 5.

Versammlungskalender

Dresden. Am Sonnabend, dem 17. November, findet im festlich dekorierten großen Saal des „Tivoli“ unter großer Mottenstiel statt, befehlend aus Ball- und Verlobung. Hauptgewinn: ein Kindlederstiefel. Es lohnt hiermit freundlich ein.

Sa. 17. November 1928, findet im Friedhof (am Friedenplatz, Eingang Anhaltener Str.) unter diesjähriges

Stiftung! Köln a. Rh. St. Matius unter Mithilfe namhafter Künstler statt. Sofort Zahl 7% Uhr. Große Verlobung. Einlaß 6% Uhr. Eintrittspreis zum Preis von 1 Pf. für Herren und 75 Pf. für Damen sind bei den Beiräumen und auf dem Verbandsbüro zu haben. Erwerbslose und bürgerliche Mitglieder mit ihren Frauen und Lehrlingen erlaubt. Gestatten nur auf dem Verbandsbüro.

Zu zahlreichem Besuch lädt ein. Die Festeinstellung.

Sterbetafel

Dresden. Am 24. Oktober starb unser Kollege, ber. Kassierer-Gärtner Sotller Georg Knittel, nach langer Krankheit im Alter von 29 Jahren.

Am 27. Oktober der Kollege Tapeten- und Portefeuille-Papierfabrikant Paul Schmeißer, im Alter von 67 Jahren.

Kuppenheim. Am 27. Oktober starb unser Kollege Bertold Schmalzbaumer im Alter von 26 Jahren.

Ehre ihrem Habenent!